

# Merz unter dem Klingbeil

Der Schuldenkanzler sitzt in der selbstgestellten Sozi-Falle.  
Die Brandmauer steht, doch drinnen zünden sie ihm die Hütte an.

Philipp Gut

Der Bundesrat, die Vertretung der Länder, hat am Freitag einer Grundgesetzänderung zugestimmt, die die Schuldenbremse aushebelt und die Bahn freimacht für die Aufnahme Hunderter Milliarden neuer Sonderkredite. Die Rede ist gar von zwei Billionen Euro oder mehr. Wer weiss das schon, wer kommt da noch mit. Längst kursieren in den sozialen Medien Kurzfassungen wie diese: «Ein Mann, der noch gar nicht zum Kanzler gewählt ist, handelt mit Parteien, die die Wahl verloren haben, die grösste Schuldenaufnahme in der Geschichte der Bundesrepublik aus, in einem Bundestag, der aufgelöst wurde.»

## Bleibe- und Wahlrecht für alle

Tatsächlich staunt man als aussenstehender Beobachter über die Vorgänge in Berlin. Das Stück, das hier gerade vor den Augen der verdutzten Weltöffentlichkeit gegeben wird, handelt von Täuschung, Macht und Verrat, und wäre es in seinen Konsequenzen nicht so erschütternd auf Generationen hinaus, müsste man es ins Genre der Tragikomödie einreihen.

Wer wird am Ende als Sieger, wer als Verlierer vom Feld gehen? Wir wissen es noch nicht. Fest steht allerdings, dass Friedrich Merz, der nach Jahrzehnten einer politischen Achterbahnfahrt das glitzernde Ziel der Kanzlerschaft in Griffnähe hat, einen Fehlstart hinlegt, der das deutsche Volk und wohl auch ihn selbst noch teuer zu stehen kommen wird. Die jüngsten Entwicklungen deuten jedenfalls darauf hin, dass sich Merz in einer Geiselhaut der Verliererkoalitionäre wiederfindet, die er sich mit seiner ausserplanmässigen Monsterverschuldung zusammengekauft hat. Ja, die Brandmauer gegen die AfD steht noch, aber drinnen zünden sie ihm die Hütte an. Gut möglich, dass Merz da nur noch verkohlt rauskommt.

In diesem Zusammenhang lautet die brennendste Frage: Bricht er nach dem hochheiligen Bekenntnis zur Schuldenbremse auch sein zentrales Wahlkampfversprechen einer Schubumkehr bei Asyl und Migration? Merz' Plan drohe durch den Widerstand des Koalitionspartners SPD zu kippen, berichtet die *Bild*. Die

«grosse Asylwende» könnte ausbleiben. Die Union sei vom Selbstbewusstsein der Genossen völlig überrumpelt. Die bei den Wählern abgestürzten Sozialdemokraten geben in den Verhandlungen also den Tarif durch. Merz sitzt in der Sozi-Falle, die er sich selbst gestellt hat.

Die Forderungen der Sozialdemokraten, deren abgewählter Kanzler Olaf Scholz ja einst selbst nach dem x-ten Asylantenmord «Abschiebungen im grossen Stil» versprochen, aber nie umgesetzt hatte, widersprechen den Merz-Versprechen diametral. Abschiebungen will die SPD nur in Ausnahmefällen zulassen. In einem «Vielfaltsbrief» verlangen ihre Migrationspolitiker im Gegenteil «eine allgemeine Aufenthaltserlaubnis für vollziehbar ausreisepflichtige Personen». Damit dürften gemäss deutschen Medienberichten etwa

*Vergleicht man die Union vor der Wahl mit der Union nach der Wahl, entdeckt man eine ganz andere Partei.*

200 000 Asylbewerber, die derzeit abgeschoben werden könnten, dauerhaft in Deutschland bleiben.

Die SPD plädiere dafür, Abschiebungen «auf ein Minimum zu reduzieren», heisst es weiter. Selbst kriminelle Asylbewerber wollen die Sozialdemokraten schützen. Bereits die Bereitschaft, einen Job anzunehmen, Deutsch zu lernen oder sich ehrenamtlich einzubringen, solle ausreichen, um in der Bundesrepublik zu leben, Asylgrund hin oder her. Gesetzesbrecher

und Abgewiesene sollen gar mit einem «Wahlrecht für alle» belohnt werden.

Es ist nicht das, was die Wähler bei den Bundestagswahlen entschieden haben. Aber darauf kommt es in der deutschen Demokratie dieser Tage offenbar nicht an. Die Verlierer geben den Takt vor. Merz macht's möglich.

## Austrittswelle und Wut-Chats

Diese Kunde ist längst auch bei seiner eigenen Basis angelangt. Auch dort steigt der Druck auf Merz. Von «Austrittswelle und Wut-Chats in der CDU» berichtet die *Bild*. Es rumore heftig, viele Parteimitglieder seien aufgebracht wegen der Aufweichung der Schuldenbremse und befürchteten, dass die Union nun auch bei der Migration «nicht liefert».

«Wir hatten uns erhofft, dass es inhaltlich weg von linksgrüner Planwirtschaft und hin zu mehr Marktwirtschaft geht», wird der neue Chef der Mittelstands- und Wirtschaftsunion in Baden-Württemberg, Bastian Atzger, zitiert. Sein Vorgänger ist aus Protest aus der CDU ausgetreten. Vertreter des noch verbliebenen Unternehmerflügels äussern auch andernorts Kritik. «Einfach nur noch furchtbar», schreibt ein Kreisvorsitzender in Thüringen. «Es kommt immer noch schlimmer», meint ein anderer. Und ein Dritter meldet, viele wollten schlicht nicht mehr dabei sein und aus dem Verteiler «herausgenommen werden». Die Stimmung bei den Unternehmern und Selbständigen in der Union: Abbruch statt Aufbruch.

Die Duldung und Abhängigkeit von links ruft derweil weitere Anspruchsgruppen auf den Plan. «Frauen in CDU und SPD nehmen Friedrich Merz in die Zange», berichtet die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ). Die CDU-Frauen «fordern einen Frauenanteil von 50 Prozent bei den zu besetzenden Posten in der Fraktion, in weiteren Gremien, bei Beauftragten und bei der bevorstehenden Regierungsverantwortung», während die SPD-Frauen ihrerseits die Gunst der Stunde nutzen, um ihre Forderung nach einer Abschaffung des Paragraphen 218, der den Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellt, in die Koalitionsverhandlungen einzu-



bringen. «Einem Koalitionsvertrag ohne eine Einigung über die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen können wir nicht zustimmen», so die Bundesvorsitzende der Genossinnen, Ulrike Häfner.

### Er serviert den Giftbecher

Der Eindruck verdichtet sich also, dass die SPD sich durch das Kappen der Schuldenbremse an allen Fronten ermutigt sieht und auf ihren Maximalforderungen besteht. Auch die Grünen, wie die Sozialdemokraten von den Wählern abgestraft, frohlocken. Nach der Zusage von hundert Milliarden Euro für ihre radikale Klimapolitik dürfen sie hoffen, dass Merz auch das umstrittene Heizgesetz ihres abgewählten Wirtschafts- und Klimaministers Robert Habeck doch nicht abschafft. Damit würde er das nächste populäre Wahlkampfversprechen schreddern.

Man versteht, wenn die Wähler sich fragen: Was bleibt da überhaupt noch übrig von Merz und seinem Programm? Vergleicht man die

*Migrationswende? Abgesagt.*

*Erhalt der Schuldenbremse? Abgesagt.*

*Heizungsgesetz bodigen? Abgesagt.*

Union vor der Wahl mit der Union nach der Wahl, entdeckt man eine ganz andere Partei. Asyl- und Migrationswende? Abgesagt. Erhalt der Schuldenbremse? Abgesagt. Heizungsgesetz bodigen? Vielleicht auch abgesagt.

Geht es in diesem Stil weiter und ist der Weg zur Koalition mit erneuten 180-Grad-Pirouetten ihres wendigen Vortänzers gepflastert, ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass beispielsweise auch die Mehrwertsteuer erhöht werden wird. Inzwischen darf man schon fast davon ausgehen, dass heute das Gegenteil dessen gilt, was gestern galt. Gemäss dieser Regel – nennen wir sie das merzsche Gesetz – wäre der Fall klar. «Die Mehrwertsteuer zu erhöhen, wäre nun das grösste Gift für die Konjunktur», sagte der Kandidat Merz im Wahlkampf. Bleibt er sich treu – und den Wählern untreu –, wird er nicht mit der Wimper zucken, den Deutschen auch diesen Giftbecher zu servieren.

### Vertrauen in die Politik?

Deutschlands nun beschlossenes «finanzpolitisches Harakiri», so nennt es der brandenburgische Finanzminister und Vize-Regierungschef Robert Crumbach (BSW), dürfte damit nicht nur aktuelle und künftige Generationen belasten, sondern auch das Vertrauen in die Politik und ihre «Institutionen» untergraben – ein Lieblingswort jener Kräfte, die solches sonst gerne der oppositionellen AfD unterstellen, nun aber eigenhändig den Pressluftbohrer ansetzen und die seriös haus haltende Bundesrepublik, wie wir sie kannten, in Trümmer legen.



«Finanzpolitisches Harakiri»: Achterbahnfahrer Merz.